

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Bezugspreis: Das un-
terhaltungsbeilage
monatlich 2,70 Mk.,
vierteljährlich 8,10 Mk.,
halbjährlich 15,30 Mk.,
jährlich 28,80 Mk.,
in den Nachmittagsstunden
mit Ausnahme von Sonn- und
Feiertagen. Unsere Zeitungs-
träger und Ausgabestellen, sowie
alle Postämter und Briefträger
nehmen Bestellungen entgegen.

Bezugspreis: Das un-
terhaltungsbeilage
monatlich 2,70 Mk.,
vierteljährlich 8,10 Mk.,
halbjährlich 15,30 Mk.,
jährlich 28,80 Mk.,
in den Nachmittagsstunden
mit Ausnahme von Sonn- und
Feiertagen. Unsere Zeitungs-
träger und Ausgabestellen, sowie
alle Postämter und Briefträger
nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 161

Sonnabend, den 13. Juli 1918

13. Jahrgang

Annahme der neuen Kriegskredite im Hauptausschusse.

Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Krediten. ♦ Vollige Selbständigkeit Belgiens.
Annahme der Reichstagswahlreform im Reichstag. ♦ Die Steuergesetze in 3. Lesung genehmigt.

Graf Hertling über Belgiens Unabhängigkeit.

In seiner zweiten Rede im Hauptausschuß des Reichstages hat sich der Reichskanzler auch über die belgische Frage geäußert und dabei weitergehende Erklärungen abgegeben, als die Reichsregierung bisher getan hat. Daraufhin habe dann die sozialdemokratische Mehrheit dem Kriegskredit zugestimmt. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen werden sich nun bei der zweiten und dritten Beratung der Kreditvorlage im Plenum des Reichstages auf die Abgabe kurzer Erklärungen beschränken.

Der über die Verhandlungen im Ausschusse herausgegebene Bericht gleitet gerade über diese entscheidende Stelle mit ein paar nichtsagenden Wendungen hinweg. Die Versicherungen des Kanzlers gehen inzwischen von Mund zu Mund. Hier und da haben manche Blätter sich auch nicht an die verbündete Vertraulichkeit gehalten, und so sind sie nachgerade offenes Geheimnis. Wir vermögen auch nicht einzusehen, warum diese Ausführungen des Kanzlers der Öffentlichkeit vorbehalten bleiben sollen. Unsere Staatsmänner haben sich bisher, wenn es sich um Belgien handelte, immer in vieldeutige Sätze geflüchtet, auf die sich dieumpstische Genusregel anwenden läßt: Commune ist, was ein Mann und eine Frau bedeuten kann. So oft aber von ihnen und auch sonst vor der deutschen Öffentlichkeit unsere Friedensbereitschaft und unser ehrlicher Wille, dem Belgiermorden ein Ende zu machen, betont wurde, ward uns just diese Vieldeutigkeit immer wieder von den Feinden entgegengeschleudert. Diese Einwände hat Graf Hertling heute zu Boden geschlagen. Was er über das belgische Problem erklärt hat, ist schmacklos, völlig unmißverständlich und in solcher Gestalt unbedingt schlüssig. Der Kanzler hat nämlich rund heraus gesagt, daß seine Politik nicht auf eine Vergewaltigung Belgiens hinausläuft. Belgien soll zu seiner Frist seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit wiedererlangen, und dann werden wir, so hofft Graf Hertling, mit dem wiederhergestellten Staat dauernd in freundschaftlichen Beziehungen leben. Für den Reichskanzler ist das von uns besetzte und verwaltete Belgien lediglich ein Faustpfand. Aus den Grundzügen des Hausrechtes aber folgt selbstverständlich, daß eine Wiederherstellung Belgiens erst dann möglich ist, wenn die Forderungen, die wir aus diesem Krieg zu erheben haben, beglichen sind. Mit anderen Worten: Im Augenblick des allgemeinen Friedens.

Am Grunde war das alles ja nicht mehr neu. Wer aber die Stimmungen in unseren regierenden Kreisen einigermaßen unterrichtet war, wer aus solcher Kenntnis heraus an die Rede des Grafen Hertling herangetreten war, hatte im letzten Teil nicht etwas anderes herausgehört. Nun liegt eine Erklärung des für die Reichspolitik allein verantwortlichen Mannes vor, an der überhaupt nicht zu rütteln ist. Mit aller Wohlwollenswerten Klarheit ist es vor aller Welt von neuem festgestellt, daß wir einen Verteidigungskrieg, nur einen Verteidigungskrieg führen, und an unseren Gegnern wird es nun sein, aus dieser Erklärung die ihnen richtig scheinende Folgerung zu ziehen. Wir können nach der Richtung nichts mehr tun. Wir sind zum Frieden bereit, zu einem über jeden Zweifel erhabenen Verständigungsfrieden. Wenn es dem öfteren Nachbarn wirklich nicht gefällt, wir können auch anders.

Der Friede hängt nur von der Entente ab!
Das Volksblatt „Kambana“ bespricht die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens, der einzig vom Verband abhängt. Ein geeinigtes Bulgarien zwischen Mitteleuropa und dem nahen Osten werde nicht nur seine Bedeutung verlieren, sondern noch größere erlangen. Keine politische und technische Kunst könne Bulgarien nehmen, was ihm von der Natur geschenkt sei. Nur auf die Klugheit Bulgariens komme es an, das Geübene zu erhalten. Erste Bedingung hierfür sei die Festigung und Erweiterung des Bundes mit den Mittelmächten. Der Krieg werde sich zwischen Deutschland und England entscheiden. Bulgariens Rolle dabei sei begrenzt. Zur Beendigung des Krieges werde es am besten helfen, wenn Bulgarien dem Feinde nicht den kleinsten Anlaß zu irgendwelcher Gemüthigung an der Balkanfront gibt.

Der heutige amtliche Kriegsbericht

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 13. Juli.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Seezerguppe Kronprinz Rupprecht.

Südlich Valenciennes wurden mehrfach Angriffe starker englischer Abteilungen abgewiesen. Ebenso scherterten nächtliche Vorstöße des Feindes nördlich von Albert. Festigem Angriff auf dem Westufer der Aisne folgten zwischen Castet und Mailly Zellaufgriffe der Franzosen, die der Feind am Nachmittag bei Mailly, am Abend in dem ganzen Kampfabchnitt nach erneuter stärkerer Artillerievorbereitung wiederholte. In Castet und dem Gehöft Anchin setzte sich der Feind fest. Dettlich dieser Linien drangen seine Angriffe in unserem Gegenstoß zusammen.

Seezerguppe Deutscher Kronprinz.
Zwischen Döse und Warnes blieb die Gefechtsfähigkeit rego. Erneute Vorstöße des Feindes nördlich von Longpont und südlich des Durcq wurden abgewiesen.

Seezerguppe Herzog Albrecht.
In den mittleren Vogesen und dem Hartmannswellerkopf lebte die Gefechtsfähigkeit auf. Nordwestlich von Pont a Mousson und dem Favegrund scherterten nächtliche Vorstöße des Feindes.

Im Juni wurden an den deutschen Fronten 488 feindliche Flugzeuge, davon 82 durch unsere Flugabwehrgeschäfte und 82 Fesselballone abgeschossen. Hiervon sind 217 Flugzeuge in unserem Besitz. Der Rest ist jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt. Wir haben im Kampf 153 Flugzeuge und 51 Fesselballone verloren.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

15500 Tonnen versenkt.

Berlin, 12. Juli. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz vernichteten unsere U-Boote 15 500 Brl. feindlichen Handelschiffraumes. 8 von den versenkten Dampfern wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Kriegskredite vom Hauptausschuß genehmigt.

Der Hauptausschuß des Reichstages setzte gestern in Anwesenheit des Reichskanzlers, fast sämtlicher Staatssekretäre und zahlreicher Abgeordneter die Aussprache über die politische Lage fort.

Abg. Stresemann (Natl.) schließt sich in Beurteilung der Verantwortlichkeit v. Kühlmanns den Ausführungen des Abg. Gröber an. Staatssekretär Kühlmann hatte unsere Unterstützung für eine lange Periode seiner Amtszeit. Er ist von uns nicht grundsätzlich bekämpft worden. Wir haben ihm in der in dem Ostfriedensschlusse verfolgten Politik im wesentlichen zustimmen können. Die Darlegungen, mit denen er bei Beginn seiner Laufbahn als Staatssekretär in die Öffentlichkeit trat, haben auch bei uns vielfach Zustimmung gefunden. Schon der rumänische Vertrag hat meine Freunde weniger befriedigt. Die letzte Rede des Staatssekretärs, die ja die Ursache seines Sturzes geworden ist, ließ das Eigenmaß für die Wirkung seiner Ausführungen im Innern in einem Maße fehlen, wie es bei einem Staatsmann niemals vorkommen dürfte. Wir verstehen es angesichts der Wirkung dieser Rede, daß der Staatssekretär um seine Entlassung gebeten hat, und wir können dem Herrn Kanzler daher nur zustimmen, wenn er für die Genehmigung dieses Abschiedsgesuches eingetreten ist.

Die Angriffe auf die Politik des Reichskanzlers lehnen wir ab. Der Reichskanzler hat durch seine Führung der Reichsgeschäfte das Reichschiff vor Schwankungen bewahrt, wobei ihm sein Vertrauensverhältnis mit dem Parlament zuzustatten gekommen ist. Das mit den Parteien besprochene Programm hat er loyal durchgeführt. In der Frage der preussischen Wahlreform liegen die Schwierigkeiten der Durchführung klar vor Augen. Es müssen alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft werden, ehe an die Auflösung gegangen werden kann. Daß der Kanzler im gegebenen Moment diese Auflösung durchsetzen wird, unterliegt keinem Zweifel. Die Schwierigkeiten der Durchführung des Arbeitskammergesetzes liegen beim Parlament

und nicht bei der Regierung. Die sozialdemokratischen Vorwürfe gegen den Kanzler sind daher durchaus hinfällig. Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik hat sich der Kanzler auf die Antwort der Papstnote bezogen. Wir fassen sie, wie Graf Westarp, als einen diplomatischen Akt auf und sind der Meinung, daß man durch Bildung bestimmter Formeln zur Beendigung des Krieges beitragen kann. Die Praxis der Friedensschlüsse läßt sich nicht in solche Formeln zwingen. Wir begrüßen die Erklärung des Kanzlers bezüglich der russischen Verhältnisse. Wir wünschen keine Einmischung in die inneren Kämpfe Rußlands. Von unserem Standpunkt aus haben wir kein Interesse, und für die russische Monarchie oder für die Wiederkehr der Herrschaft der Rabatten einzusehen. Notwendig erscheint uns im deutschen wie im russischen Interesse ein baldiger Beginn des wirtschaftlichen Güterausstausches zwischen den beiden Ländern und ein Zusammenwirken der beiderseitigen Regierungen auf diesem Gebiete. Dem russischen Volk muß klar werden, daß unser Vormarsch im Süden nicht aus territorialen Eroberungsabsichten geschieht, und daß es absolut nicht in unserer Absicht liegt, Rußland etwa für alle Zeiten von der Getreidezufuhr aus der Ukraine, der Kohlenzufuhr aus dem Dongebiet oder der Erzzufuhr aus dem Kaukasusgebiet abzuschneiden. Auch hier ließe sich durch eine wirtschaftliche Verständigung Gutes für beide Nationen erreichen. Wünschenswert erscheint uns auch eine freundschaftliche Einwirkung auf unsere türkischen Bundesgenossen, bezüglich des türkischen Vormarsches im Kaukasus, der die Grenze von Brest-Litovsk längst überschritten hat.

Von einer Rundgebung über die Herausgabe Belgiens vermögen wir uns keine friedensfördernde Wirkung zu versprechen, wie man dies bei der linken tut. Ein vertrauensverhältnis zwischen der Obersten Seeresleitung und der Leitung der auswärtigen Politik muß bestehen. Die gegen die Oberste Seeresleitung erhobenen Vorwürfe sind unbedeutend. Nicht die Oberste Seeresleitung hat sich in die Erörterung der Presse eingemischt, sondern die Presse hat vorher die Oberste Seeresleitung für die Kühlmann-Rede ebenso in Anspruch genommen, wie z. B. für die Friedensoffensivartikel in der „Kreuzzeitung“. Demgegenüber bleibt für die Oberste Seeresleitung nur die Flucht in die Öffentlichkeit übrig.

Hierauf nahm Reichskanzler Graf Hertling das Wort und ging auf die Rede des Abgeordneten Stresemann mit einer kurzen Erwiderung ein, in der er den wichtigsten Teil seiner gestrigen Ausführungen über die Ziele der Reichspolitik im Osten und Westen noch einmal unterstrich. Er schloß mit den Worten: „Helfen auch Sie, meine Herren, mit, daß wir im Innern die Einheitsfront halten, die so überaus wichtig ist für unsere Brüder draußen im Felde. Helfen Sie alle mit, daß wir die schwere Zeit des Krieges, den wir führen müssen, solange wir ihn führen müssen, bis zum ehrenvollen Ende bestehen.“

Nach weiteren Reden der Abgeordneten Warmuth (D. Fr.) und Ledebour (L. Soz.) wurde ein Schlußantrag Groeber angenommen.

Der Nachtragsetat über die Kriegskredite von 15 Milliarden Mark bei der Stimmenthaltung der Polen gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten genehmigt.

Wie wir an anderer Stelle ausführten, hat der Reichskanzler in seiner Rede auch über die belgische Frage geäußert. Daraufhin hat dann die sozialdemokratische Mehrheit den Kriegskrediten zugestimmt.

Reichstag.

In der gestrigen Sitzung wurde die Aussprache über das Branntweinnormenmonopol

fortgesetzt. Der grundlegende § 1 wird unverändert angenommen. § 182 handelt von der Bewertung des Branntweins zu ermäßigten Verkaufspreisen. Mit der Aussprache verbunden wird § 252b. Danach sind aus der Monopoleinnahme jährlich vier Millionen Mark zur Bekämpfung der Trunksucht und zwei Millionen Mark zur wissenschaftlichen Forschung und praktischen Förderung des Kartoffelbaues vorgesehen. § 185 bleibt unverändert.